



Standard Eurobarometer 98  
Winter 2022 - 2023

# Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Länderbericht Österreich

Erhebungszeitraum: Jänner 2023



Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Autoren: Daniel Schönherr und Harald Pitters

Dieses Dokument gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

<b>Titel der Studie</b>	Standard Eurobarometer 98 – Winter 2022/2023 Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Länderbericht
<b>Sprache</b>	DE
<b>Projektnummer</b>	2023.1595
<b>Media/Volume</b>	PDF/Volume_01
<b>Katalognummer</b>	NA-AO-23-025-DE-N
<b>ISBN</b>	978-92-68-01153-9
<b>ISSN</b>	1977-3927
<b>DOI</b>	10.2775/815864

© European Union, 2023

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Photo credit: Getty Images



<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>4</b>
<b>HAUPTERGEBNISSE</b> .....	<b>6</b>
<b>I. EINSCHÄTZUNG DER AKTUELLEN LAGE</b> .....	<b>8</b>
1. Die dringlichsten Sorgen der Menschen in Österreich.....	9
2. Vertrauen in Demokratie und Politik.....	9
3. Sicht auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.....	10
<b>II. ÖSTERREICH UND DIE EU</b> .....	<b>12</b>
1. Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl.....	13
2. Bewertung der EU und Österreichs Mitgliedschaft.....	13
3. Die Zukunft der EU.....	13



# **EINLEITUNG**



## Standard Eurobarometer 98 Winter 2022 - 2023

Der vorliegende Länderbericht präsentiert eine Zusammenfassung der Ergebnisse der 98. Eurobarometer-Befragung, die zwischen 12. Jänner und 30. Jänner 2023 durchgeführt wurde. 1.012 Personen ab 15 Jahren in Österreich und 26.468 in den EU27-Mitgliedstaaten wurden befragt. Die Interviews fanden persönlich im Haushalt der Befragten statt.

Der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bestimmt auch ein Jahr nach der Invasion das politische Geschehen und die medialen Debatten in Österreich. Österreich unterstützte die Sanktionen, welche die EU infolge des Krieges gegen Russland verhängt hat. Doch im Gegensatz zu Finnland und Schweden, die im Mai letzten Jahres beschlossen haben, ihre bündnisfreie Haltung aufzugeben und einen Antrag auf Beitritt zur NATO stellten, bleibt Österreich der militärischen Neutralität verpflichtet, die es 1955 angenommen hat. Dementsprechend unterstützt die österreichische Regierung die Ukraine mit humanitärer und finanzieller Hilfe, liefert aber keine Waffen.

Neben dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind nach wie vor die Inflation und die steigenden Preise das dominierende Thema im Leben vieler Menschen in Österreich. Das Land ist derzeit mit der höchsten Inflation seit mehr als 70 Jahren konfrontiert. Im Februar lag sie im sechsten Monat in Folge über 10 %. Grund dafür sind insbesondere die gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Energie sowie in der Gastronomie.

Die folgenden Ergebnisse geben Einblick in die Stimmung der Menschen in Österreich und den anderen 26 Mitgliedstaaten der EU zu Beginn des Jahres 2023.

**Standard Eurobarometer 98**  
**Winter 2022 - 2023**



**HAUPTERGEBNIS**  
**SE**

## 1. Die Sorge angesichts steigender Preise dominiert

- Zwar ist der Anteil seit Sommer 2022 gesunken, aber die steigenden Preise, Lebenshaltungskosten bzw. die Inflation waren im Jänner 2023 immer noch das dringendste Problem für 52 % der Befragten in Österreich (-8 Pp.) und für 62 % im EU27-Schnitt (-1 Pp.). Hinzu kommen 21 % (-1 Pp.) der Befragten in Österreich und 15 % (-1 Pp.) im EU27-Schnitt, die die finanzielle Situation ihres Haushaltes als dringendstes persönliches Problem bezeichnen.
- Auch für das eigene Land sieht die Mehrheit der Befragten die steigenden Preise als dringendstes Problem an, 55 % in Österreich (-7 Pp.) und 53 % im EU27-Schnitt (-1 Pp.). Ein Viertel der Befragten in Österreich (-2 Pp.) sieht zusätzlich die Energieversorgung als wichtiges nationales Problem an, im EU27-Schnitt sagen das 19 % (-3 Pp.).

## 2. Zwei von drei mit der Demokratie zufrieden, niedriges Vertrauen in Politik

- 64 % (+1 Pp.) sind mit der Demokratie in Österreich und im EU27-Schnitt 58 % (+/-0 Pp.) mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Menschen ohne akademischen Bildungsabschluss (59 %), Arbeiterinnen und Arbeiter (55 %), arbeitslose Menschen (28 %) und Menschen in ländlichen Regionen (53 %) sind am unzufriedensten mit der Demokratie in Österreich und zählen gleichzeitig zu jenen Menschen, die am seltensten das Gefühl haben, dass ihre Stimme in Österreich gehört wird.
- Der eigenen Regierung vertrauen in Österreich 40 % (+1 Pp.) (EU27: 32 %, -2 Pp.), dem Parlament 46 % (-1 Pp.) (EU27: 33 %, -1 Pp.) und den politischen Parteien 30 % (-2 Pp.) (EU27: 21 %, +/-0 Pp.).

## 3. Positive Bewertung der EU-Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

- Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland bejahen 69 % der Menschen in Österreich, um 5 Pp. mehr als im Sommer 2022 (EU27: 74 %, -4 Pp.). Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Menschen, die vom Krieg betroffen sind, befürworten 86 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) (EU27: 91 %, -1 Pp.) und die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in der EU 79 % (-1 Pp.) (EU27: 88 %, -2 Pp.).
- Lediglich in einem Punkt zeigen sich die Menschen in Österreich skeptisch: Mit 50 % (+/-0 Pp.) spricht sich die Hälfte aller Befragten für den Kauf und die Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine aus, 46 % lehnen dies ab. Im EU27-Schnitt befürwortet mit 65 % (-3 Pp.) ein deutlich höherer Prozentsatz eine militärische Unterstützung der Ukraine durch die EU, 29 % sind dagegen (+3 Pp.).

## 4. Image der EU seit Sommer 2022 unverändert

- 36 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, 26 % (-2 Pp.) ein negatives. Die relative Mehrheit von 37 % (+/-0 Pp.) hat weder ein besonders positives noch besonders negatives Bild von der Europäischen Union. Ein mehrheitlich positives Image von der EU haben in Österreich jüngere Menschen zwischen 15 und 24 (58 %).

## 5. EU vor großen Herausforderungen

- Die Menschen in Österreich sehen die EU vor großen Herausforderungen. Die aktuelle Teuerung und Inflation (31 %, -5 Pp.) (EU27: 32 %, -2 Pp.) rangiert an erster Stelle, gefolgt von der derzeitigen internationalen Situation (25 %, +4 Pp.) (EU27: 28 %, +/-0 Pp.) und der Klimakrise (25 %, +2 Pp.) (EU27: 20 %, +/-0 Pp.). Deutlich gestiegen ist der Anteil an Menschen, die Einwanderung und Migration als dringliches Problem der EU sehen (22 %, +10 Pp.) (EU27: 17 %, +4 Pp.).

## 6. Mehrheit blickt optimistisch in die Zukunft der EU

- 56 % der Menschen in Österreich (+3 Pp.) blicken optimistisch in die Zukunft der EU, 11 % davon „sehr“ optimistisch (+3 Pp.).
- Besonders viel Zuspruch findet hierzulande die Freizügigkeit der EU-Bürger und -Bürgerinnen, die überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können. 70 % der Befragten (+/-0 Pp.) (EU27: 85 %, +1 Pp.) sind dafür. Eine gemeinsame EU-Handelspolitik sehen 63 % (-1 Pp.) positiv (EU27: 72 %, -2 Pp.). Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten befürworten 58 % (-2 Pp.) (EU27: 70 %, +/-0 Pp.), eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten ebenfalls 58 % (-3 Pp.) (EU27: 77%, +/-0 Pp.). Die Zustimmung zu einer künftigen EU-Erweiterung ist in Österreich um 4 Pp. auf 37 % gestiegen, liegt allerdings nach wie vor deutlich unter dem EU-Schnitt von 52 %.

# I. EINSCHÄTZUNG DER AKTUELLEN LAGE





## 1. Die dringlichsten Sorgen der Menschen in Österreich

In Summe sind zu Beginn des Jahres 2023 83 % der Menschen in Österreich (-1 Pp.) und im EU27-Schnitt (-2 Pp.) mit dem Leben, das sie führen, zufrieden. 59 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass sich ihr Leben in die richtige Richtung entwickelt (EU27: 66 %, +1 Pp.), ein Viertel (25 %, -1 Pp.; EU27: 22 %, -1 Pp.) hingegen befürchtet, ihr Leben verläuft in die falsche Richtung.

Die steigenden Preise, Lebenshaltungskosten bzw. die Inflation waren zum Zeitpunkt der Umfrage im Jänner 2023 die dringendsten persönlichen Probleme für 52 % der Befragten in Österreich, um 8 Pp. weniger als noch im Sommer 2022. Frauen (55 %), Menschen in Pension (59 %), Alleinerziehende (59 %) und Menschen, die sich selbst der Arbeiterklasse zurechnen (74 %), geben am häufigsten an, von den steigenden Preise negativ betroffen zu sein. Im EU27-Schnitt sagen 62 %, dass die steigenden Preise für sie das dringlichste persönliche Problem seien (-1 Pp.). Hinzu kommen 21 % (-1 Pp.) der Befragten in Österreich und 15 % (-1 Pp.) im EU27-Schnitt, die die finanzielle Situation ihres Haushaltes als dringendstes persönliches Problem bezeichnen würden. Angesichts der steigenden Preise sagen bereits 76 % (+3 Pp.) der Menschen in Österreich, dass sie Maßnahmen ergriffen haben, um ihren eigenen Energieverbrauch zu senken oder zumindest planen, dies zu tun (EU27: 81 %, +3 Pp.). In den Hintergrund rückt drei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie das Thema „Gesundheit“, das nur noch für 18 % der Menschen in Österreich (-3 Pp.) und auch im EU27-Schnitt (+1 Pp.) ein dringendes persönliches Problem darstellt.

Auch für das eigene Land sieht die Mehrheit der Befragten die steigenden Preise als dringendstes Problem an, 55 % in Österreich (-7 Pp.) und 53 % im EU27-Schnitt (-1 Pp.). Ein Viertel der Befragten in Österreich (-2 Pp.) sieht zusätzlich die Energieversorgung als wichtiges nationales Problem an, im EU27-Schnitt sagen das 19 % (-3 Pp.).

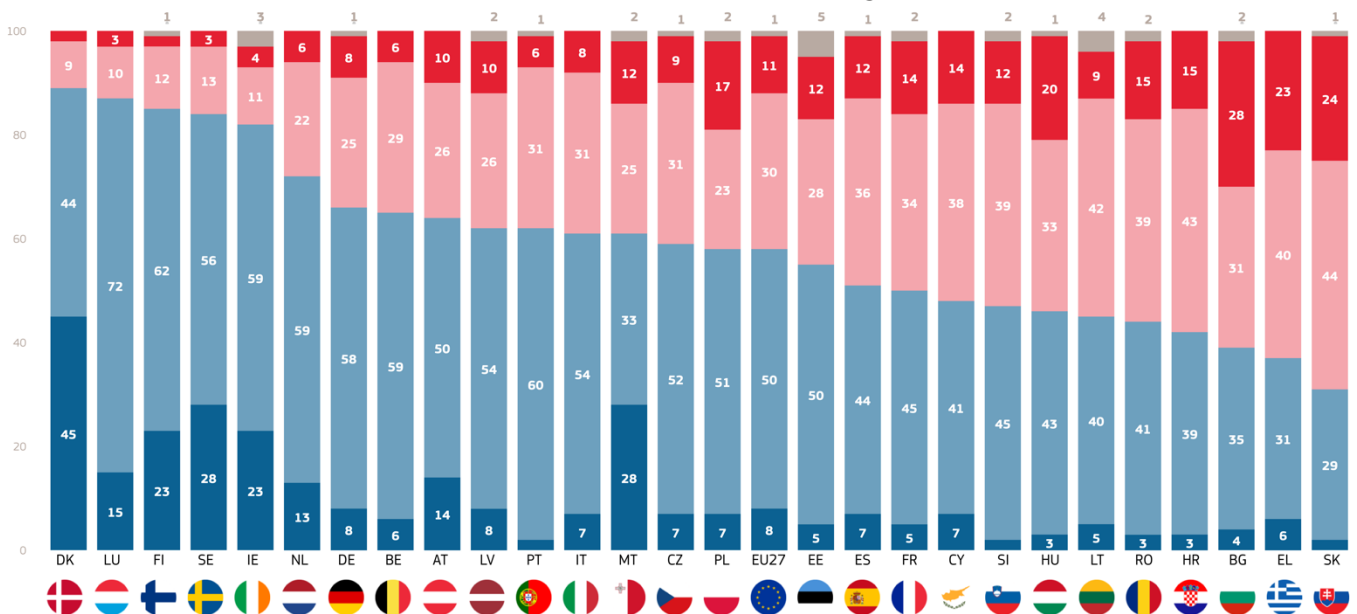
47 % (-4 Pp.) der Menschen in Österreich meinen, dass die heimische Wirtschaft gut dastehe, das sind – trotz eines Rückgangs – deutlich mehr als im EU27-Schnitt (35 %, +1 Pp.). Auch die eigene berufliche Situation beurteilen die Menschen in Österreich optimistischer als im EU27-Schnitt (AT: 66 %, +/-0 Pp.; EU27: 60 %, -1 Pp.). Für die nächsten zwölf Monate erwarten 37 % in Österreich (+5 Pp.) und 35 % (+7 Pp.) im EU27-Schnitt, dass sich die wirtschaftliche Situation stabil entwickeln wird, 35 % in Österreich (-16 Pp.) und 43 % im EU27-Schnitt (-10 Pp.) gehen von einer Verschlechterung aus. Im Vergleich zum Sommer 2022 haben sich die Aussichten auf 2023 damit deutlich verbessert.

## 2. Vertrauen in Demokratie und Politik

Die Hälfte der Bürger und Bürgerinnen (51 %, -3 Pp.) hat derzeit das Gefühl, dass sich die Dinge in Österreich in die falsche Richtung entwickeln. Im EU-Schnitt fällt der Anteil noch höher aus: 61 % glauben, dass die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung laufen (-1 Pp.). Am pessimistischsten sehen die Menschen in der Slowakei (78 %), in Kroatien (74 %), in Schweden (73 %) und in Frankreich (72 %) die Lage in ihrem Land. Im Vereinigten Königreich, das weiterhin Teil der Eurobarometer-Erhebungen ist, sind 76 % (+4 Pp.) der Ansicht, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln.

64 % (+1 Pp.) der Befragten in Österreich sind mit der Art und Weise, wie Demokratie in ihrem Land funktioniert, zufrieden, im EU27-Schnitt trifft das auf 58 % (+/-0 Pp.) zu. Menschen ohne akademischen Bildungsabschluss (59 %), Arbeiterinnen und Arbeiter (55 %), arbeitslose Menschen (28 %) und Menschen in ländlichen Regionen (53 %) sind am unzufriedensten mit der Demokratie in Österreich und zählen gleichzeitig zu jenen Menschen, die am seltensten das Gefühl haben, dass ihre Stimme in Österreich gehört werde. Im Schnitt glauben 74 % (+3 Pp.) der Menschen hierzulande, dass ihre Stimme im Land zähle, im EU27-Schnitt sind es 58 % (+/-0 Pp.).

SD18a Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? (%)



Während manche Gruppen sich nicht mehr ausreichend gehört und repräsentiert sehen, ist das Vertrauen in die heimische Politik quer durch alle Gruppen und Einkommensschichten niedrig, wenngleich auch höher als im EU-Durchschnitt. Der eigenen Regierung vertrauen in Österreich 40 % (+1 Pp.) (EU27: 32 %, -2 Pp.), dem Parlament 46 % (-1 Pp.) (EU27: 33 %, -1 Pp.), den politischen Parteien 30 % (-2 Pp.) (EU27: 21 %, +/- 0 Pp.). Auch in die Medien vertraut weniger als die Hälfte der Menschen in Österreich (46 %, +3 Pp.) und im EU27-Schnitt (38 %, +/- 0 Pp.). In diesem Zusammenhang fällt auf, dass eine knappe Mehrheit der Bevölkerung in Österreich (51 %, -2 Pp.) nicht mehr damit zufrieden ist, wie die Regierung auf die Corona-Pandemie reagiert hat, während im EU27-Schnitt 58 % (+2 Pp.) mit den länderspezifischen Maßnahmen zufrieden sind.

Der Europäischen Union vertrauen 44 % der Menschen in Österreich (+/- 0 Pp.) und 47 % im EU27-Schnitt (-2 Pp.). Den Vereinten Nationen vertrauen 45 % der Befragten in Österreich (-1 Pp.) und 48 % im EU27-Schnitt (-1 Pp.). Der NATO hingegen misstraut eine knappe Mehrheit der Befragten in Österreich – nur 38 % vertrauen ihr (+1 Pp.), während im EU27-Schnitt 50 % (-1 Pp.) Vertrauen in die NATO haben.

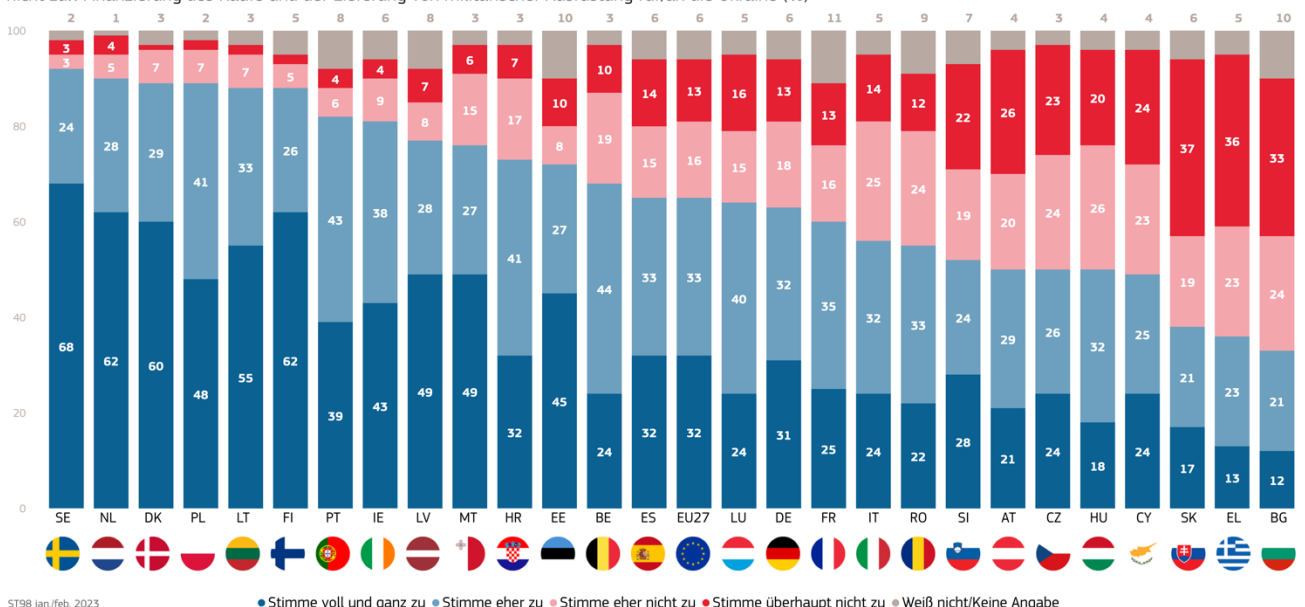
Die anderen Institutionen außerhalb des Parteiensystems genießen demgegenüber ein hohes Vertrauen seitens der Bevölkerung: Dem Justizsystem (67 %, -1 Pp.; EU27: 54 %, +2 Pp.), der Polizei (74 %, -3 Pp.; EU27: 70 %, +1 Pp.), dem Bundesheer (70 %, -1 Pp.; EU27: 71 %, +/- 0 Pp.), regionalen oder lokalen Behörden (64 %, -5 Pp.; EU27: 56 %, +2 Pp.) und dem Gesundheitspersonal (75 %, -2 Pp.; EU27: 76 %, +/- 0 Pp.) bringt eine Mehrheit der Menschen in Österreich Vertrauen entgegen.

### 3. Mehrheit sieht EU-Reaktion auf russischen Angriffskrieg positiv

Russlands Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 stellte einen Wendepunkt in der Geschichte Europas dar. Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zeigen sich 51 % (-1 Pp.) der Befragten in Österreich sehr oder ziemlich zufrieden mit der Reaktion der heimischen Politik. 45 % (+1 Pp.) sind hingegen unzufrieden, wobei die Eurobarometer-Befragung offenlässt, ob sich diese Menschen mehr, weniger oder eine andere Form der Unterstützung für die Ukraine wünschen. Im EU27-Schnitt sind 55 % der Menschen mit der Reaktion ihres Landes zufrieden, 40 % unzufrieden, beide Werte sind seit Sommer 2022 unverändert. Mit den Reaktionen der Europäischen Union auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind 53 % (+3 Pp.) der Menschen in Österreich und 56 % (-1 Pp.) im EU27-Schnitt zufrieden.

Die Mehrheit der Menschen in Österreich zeigt sich mit den von der EU getroffenen Maßnahmen einverstanden: Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland bejahen 69 %, um 5 Pp. mehr als im Sommer 2022 (EU27: 74 %, -4 Pp.). Ein EU-weites Sende- und Verbot für staatliche Medien wie Sputnik und Russia Today befürworten 66 % (+2 Pp.) (EU27: 67 %, -3 Pp.). Einen deutlichen Zuspruch findet humanitäre Unterstützung: Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Menschen in der Ukraine, die vom Krieg betroffen sind, befürworten 86 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) (EU27: 91 %, -1 Pp.), die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in der EU 79 % (-1 Pp.) (EU27: 88 %, -2 Pp.). Auch die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine wird von 71 % der Menschen in Österreich unterstützt (-3 Pp.) (EU27: 77 %, -4 Pp.). Lediglich in einem Punkt zeigen sich die Menschen in Österreich skeptisch: Zwar spricht sich mit 50 % (+/- 0 Pp.) die Hälfte aller Befragten für die Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung für/an die Ukraine aus, 46 % lehnen diese aber ab. Menschen, die sich selbst dem rechten politischen Spektrum zurechnen, lehnen diese sogar mehrheitlich ab (54%).

QE2.3 Die EU hat als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Inwieweit stimmen Sie jeder dieser Maßnahmen zu oder nicht zu? Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung für/an die Ukraine (%)



ST98 jan./feb. 2023

● Stimme voll und ganz zu ● Stimme eher zu ● Stimme eher nicht zu ● Stimme überhaupt nicht zu ● Weiß nicht/Keine Angabe

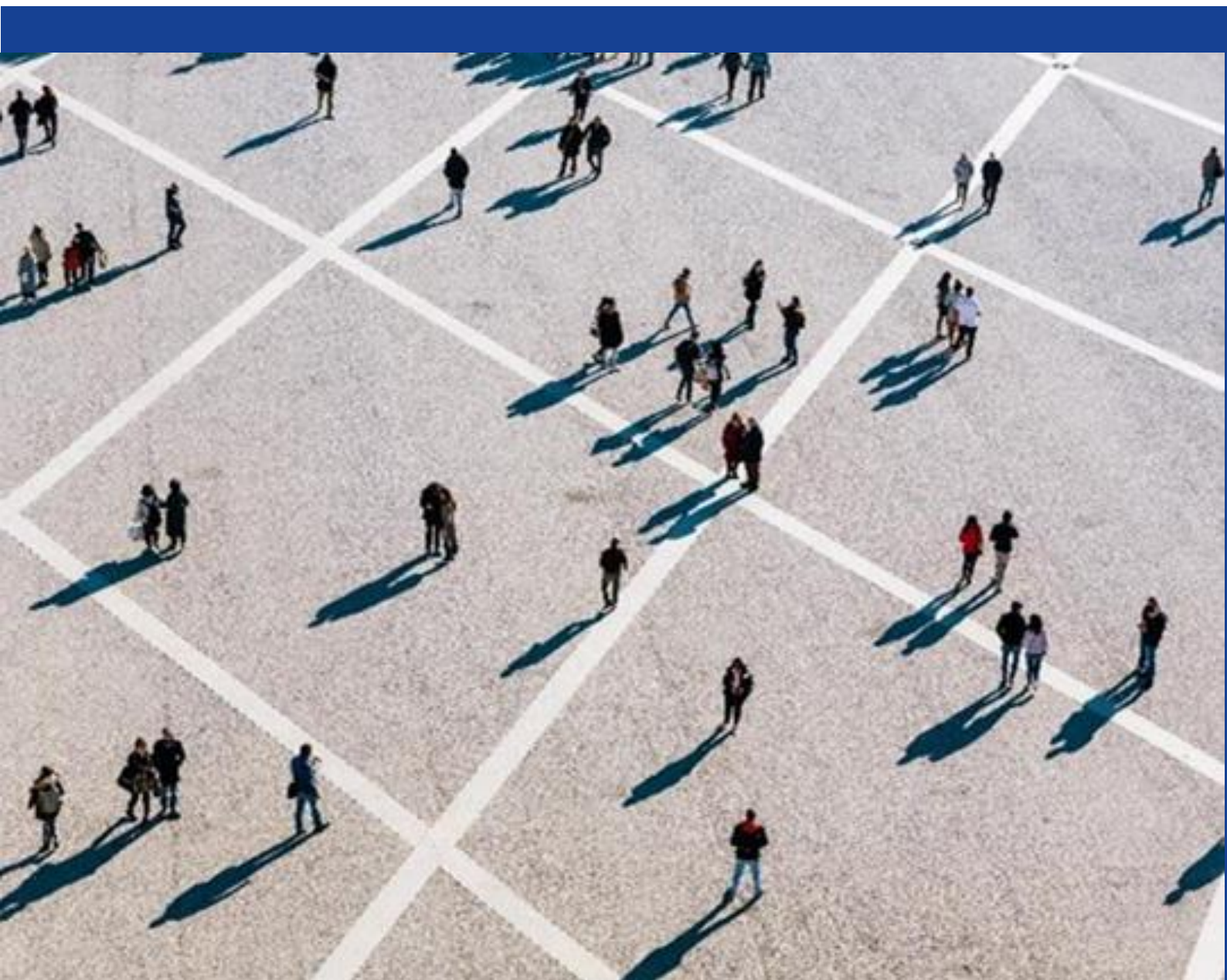
## Standard Eurobarometer 98 Winter 2022 - 2023

Im EU27-Schnitt sprechen sich 65 % (-3 Pp.) für eine militärische Unterstützung der Ukraine durch die EU aus, 29 % sind dagegen (+3 Pp.). Dabei zeigen sich deutliche Länderunterschiede in der EU, in Ländern wie Polen, Litauen oder Finnland liegt die Zustimmungsrate jeweils über 80 %, in anderen Ländern lehnt eine deutliche Mehrheit die Finanzierung und Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine ab.

Dass die russische Invasion in der Ukraine eine Gefahr für die Sicherheit der EU darstelle, meinen 70 % der Menschen in Österreich (-5 Pp.) (EU27: 81 %, -2 Pp.). Dass die Invasion eine Gefahr für das eigene Land darstelle, glauben 61 % (-4 Pp.) (EU27: 76 %, +/-0 Pp.). 81 % der Befragten in Österreich (+/-0 Pp.) und 86 % im EU27-Schnitt (-2 Pp.) haben das Gefühl, dass der Krieg in der Ukraine negative Folgen für die heimische Wirtschaft hat, und 60 % (+1 Pp.) sagen, er habe auch negative Folgen für ihre persönliche finanzielle Situation (EU27: 63 %, +1 Pp.).

Während sich im EU27-Schnitt 68 % (-2 Pp.) der Befragten dafür aussprechen, dass in der EU mehr Geld für Verteidigung ausgegeben werden sollte, sind es in Österreich mit 55 % deutlich weniger, zumal der Anteil seit Sommer 2020 um 8 Pp. gesunken ist. Sehr wohl sind die Menschen in Österreich für eine bessere Zusammenarbeit bei der künftigen Neugestaltung der Energieversorgung: 83 % (+1 Pp.) meinen, die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so schnell wie möglich verringern (EU27: 84 %, -2 Pp.) und 81 % (-1 Pp.) finden, die EU sollte massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren (EU27: 86 %, -1 Pp.).

## II. ÖSTERREICH UND DIE EU



## 1. Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl

Das Image der Europäischen Union in Österreich hat sich seit Sommer 2022 nicht verändert: 36 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, 26 % (-2 Pp.) ein negatives. Die relative Mehrheit von 37 % (+/-0 Pp.) hat damit weder ein besonders positives noch besonders negatives Bild von der Europäischen Union. Ein mehrheitlich positives Image von der EU haben in Österreich jüngere Menschen zwischen 15 und 24 Jahren (58 %), insbesondere Studierende (67%) und junge Menschen in Großstädten (51%). Im EU27-Schnitt haben 45 % (-2 Pp.) der Befragten ein positives, 18 % (+2 Pp.) ein negatives und 36 % (+/-0 Pp.) ein neutrales Bild von der EU.

Rund die Hälfte der Menschen in Österreich fühlt sich der Europäischen Union verbunden (52 %, +2 Pp.), im EU27-Schnitt sind es 61 % (+/-0 Pp.). Europa insgesamt fühlen sich hingegen zwei Drittel der Menschen in Österreich verbunden (67 %, -2 Pp.) und damit ca. genauso viele wie im EU27-Schnitt (68 %, -1 Pp.). 71 % empfinden sich hierzulande als Bürgerin oder Bürger der EU (-2 Pp.) (EU27: 74 %, +/-0 Pp.). Dass die Menschen in der EU vieles gemeinsam haben, finden 59 % (-4 Pp.) (EU27: 61 %, -1 Pp.).

## 2. Bewertung der EU und Österreichs Mitgliedschaft

Für die EU sehen die Menschen in Österreich mehrere Dinge als dringlich an: Zum einen stelle die aktuelle Teuerung und Inflation auch die EU vor große Herausforderungen (31 %, -5 Pp.) (EU27: 32 %, -2 Pp.), zum zweiten nennen 25 % (+4 Pp.) die internationale Situation als dringlich für die EU (EU27: 28 %, +/-0 Pp.), genauso viele auch die Klimakrise (+2 Pp.) (EU27: 20 %, +/-0 Pp.).

Auffällig ist, dass nur noch 24 % der Menschen in Österreich die Energieversorgung als dringliches Problem der EU ansehen, um 9 Pp. weniger als noch im Sommer 2022 (EU27: 26 %, -2 Pp.). Gestiegen ist hingegen der Anteil an Menschen, die Einwanderung und Migration als dringliches Problem der EU sehen (22 %, +10 Pp.) (EU27: 17 %, +4 Pp.).

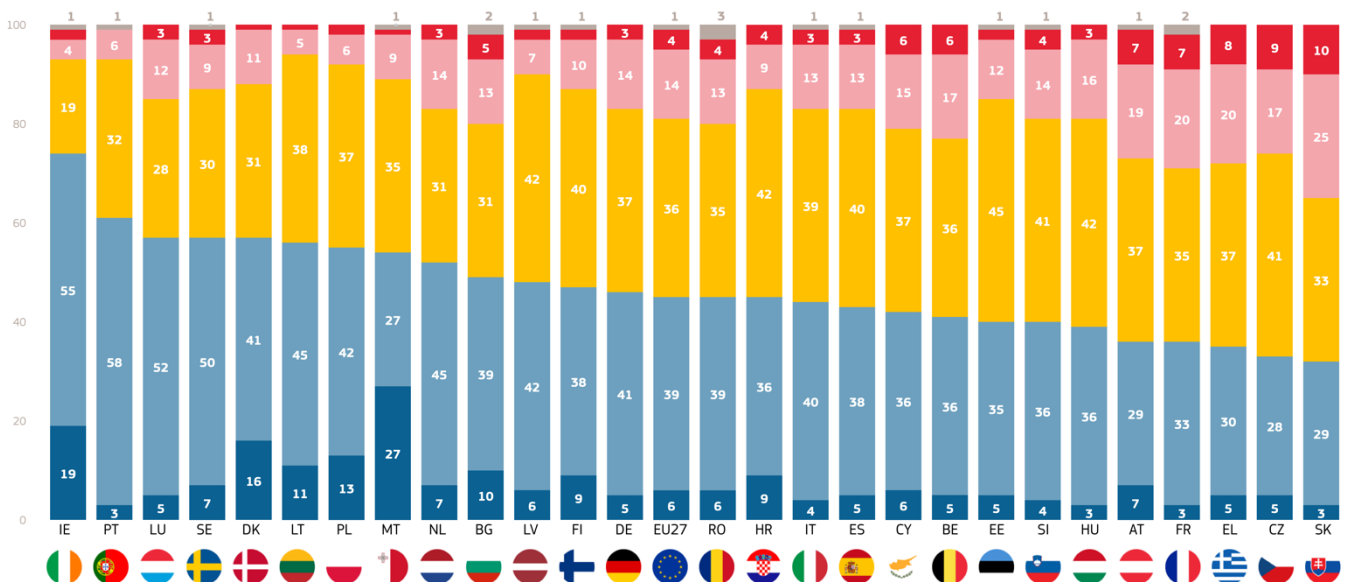
Rund zwei Drittel der Befragten sind mit der Demokratie in Österreich zufrieden, mit dem Zustand der Demokratie in der EU indes nur 49 % (+/-0 Pp.). Österreich liegt dabei im EU27-Schnitt (50 %, -8 Pp.). Dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen, meinen in Österreich 32 % (+2 Pp.) der Befragten. Umgekehrt geben 51 % an, dass die Dinge sich in der EU in die falsche Richtung entwickeln (-3 Pp.). Auch in dieser Frage liegt Österreich im EU27-Schnitt: 33 % der Befragten in ganz Europa orten eine positive Entwicklung in der EU (+/-0 Pp.), 52 % sind gegenteiliger Meinung (+/-0 Pp.).

56 % der Menschen in Österreich sagen, sie verstehen, wie die EU funktioniert, um 6 Pp. weniger als noch im Sommer 2022 und um 7 Pp. weniger als im EU27-Schnitt (63 %, -1 Pp.).

Das Vertrauen in europäische Institutionen ist seit Sommer 2022 zum Teil deutlich gesunken. Dem Europäischen Parlament vertrauen in Österreich 39 % (-9 Pp.; EU27: 49 %, -3 Pp.), der Europäischen Kommission 40 % (-6 Pp.; EU27: 46 %, -2 Pp.), der Europäischen Zentralbank 42 % (-2 Pp.; EU27: 46 %, -1 Pp.) und dem Europäischen Rat 36 % (-8 Pp.; EU27: 43 %, -4 Pp.).

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Österreich spricht sich für den Verbleib in der Europäischen Union aus (52 %, -5 Pp.). 38 % (+3 Pp.) finden hingegen, dass Österreich seine Zukunft besser bestreiten könne, wenn es nicht mehr Teil der EU wäre. Im EU27-Schnitt befürworten 65 % (-1 Pp.) den Verbleib ihres Landes in der EU, 27 % hingegen einen Austritt (27 %, +/-0 Pp.). 54 % (-2 Pp.) der Menschen in Österreich denken, dass die Interessen des Landes von der EU ausreichend berücksichtigt werden (EU27: 60 %, +/-0 Pp.).

D78 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? (%)



### 3. Die Zukunft der EU

56 % der Menschen in Österreich (+3 Pp.) blicken optimistisch in die Zukunft der EU, 11 % davon „sehr“ optimistisch (+3 Pp.). Umgekehrt sehen 40 % (-3 Pp.) die Zukunft der EU pessimistisch. Im EU27-Schnitt sind 62 % (-3 Pp.) optimistisch und 35 % (+3 Pp.) pessimistisch, was die Zukunft der EU angeht.

Die meisten EU-Strategien finden durchaus Zustimmung in der österreichischen Bevölkerung: Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten der EU befürworten 58 % (-2 Pp.) (EU27: 70 %, +/-0 Pp.), eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten ebenfalls 58 % (-3 Pp.) (EU27: 77%, +/-0 Pp.), eine gemeinsame EU-Handelspolitik 63 % (-1 Pp.) (EU27: 72 %, -2 Pp.). Mehr Zustimmung als noch im Sommer findet eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik: 54 % (+8 Pp.) der Menschen in Österreich sprechen sich dafür aus (EU27: 70 %, +/-0 Pp.). Auch die Zustimmung für eine gemeinsame EU-Energiepolitik ist in Österreich gestiegen (63 %, +7 Pp.) (EU27: 74 %, -1 Pp.). Die Freizügigkeit der EU-Bürger, die überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können, findet bei 70 % der Menschen Zustimmung (+/-0 Pp.) (EU27: 85 %, +1 Pp.). Mehr gemeinsame Ansätze bei der Gesundheitspolitik fänden 52 % (-1 Pp.) gut (EU27: 67 %, -3 Pp.). Im Hinblick auf künftige EU-Erweiterungen herrscht hierzulande nach wie vor Skepsis, auch wenn diese leicht gesunken ist: 37 % (+4 Pp.) befürworten weitere EU-Beitritte, 54 % lehnen sie hingegen ab (-2 Pp.). Im EU27-Schnitt sprechen sich 52 % (-5 Pp.) für zusätzliche Erweiterungen der EU aus.

Ein großes Anliegen ist den Befragten in Österreich eine sozial gerechtere Europäische Union: Zum einen sagen 87 % (-1 Pp.) (EU27: 88 %, -1 Pp.), dass jeder EU-Mitgliedstaat einen Mindestlohn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einführen sollte, zum anderen sagen ca. genauso viele (86 %, -4 Pp.) (EU27: 89 %, +/- 0 Pp.), dass es in der EU eine gerechte Besteuerung großer Technologieunternehmen geben sollte.

